



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 14.01.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 15.11.2010, 15:36 Uhr bis 17:53 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van CDU i. V. für Herrn Granitzka

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel SPD

Frau Monika Möller SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Herr Dr. Ralph Elster CDU

Herr Werner Marx CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Jürgen Strahl CDU i. V. für Frau Manderla
bis 17:06 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Matthias Welpmann GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manfred Waddey GRÜNE i. V. für Frau von Bülow

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Volker Görzel FDP

Herr Frank Maul

PRO KÖLN

ab 15:40 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen

DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein

auf Vorschlag der SPD

ab 15:45 Uhr

Herr Oliver Krems

SPD

Frau Katharina Roy

auf Vorschlag der CDU

Herr Franz Hess

auf Vorschlag der GRÜNEN

Herr Ralf Klemm

GRÜNE

bis 17:42 Uhr

Herr Michael Kühle

FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)

Herr Illya Kozyrev

auf Vorschlag der FDP

Herr Rudolf Schaefers

PRO KÖLN

Herr Dr. Manfred Hoffmann

auf Vorschlag der LINKEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser

KLuST e.V.

bis 17:00 Uhr

Verwaltung

Herr Ingo Fleischer

Frau Ursula Herx

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Robert Kilp

Herr Hans-Joachim Mohr

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Herr Hans-Jürgen Petry

GPR

Herr Ulrich Langner

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Neubert SPD

Frau Gisela Manderla CDU

Frau Brigitta von Bülow GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Frau Filiz Kalaman LDK

Die Verwaltung schlägt zur Aufnahme in bzw. Absetzung

von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 6.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Vergabepaxis bei Konjunkturpaket II und "faire Vergabe"
AN/2074/2010

zu 6.2 Eine Beantwortung wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung erfolgen.

- 10.2 zurückgezogen
2225/2010 Leitbild Köln 2020

Die folgenden zugesetzten Tagesordnungspunkte sind Ratsvorlagen, sie wurden deshalb dem AVR auch verfristet vorgelegt.

- 10.15 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung;
hier: Erhöhung Beiträge zum Mittagessen
3157/2010
- 10.16 Fortführung von "Win-Win - für Köln" ...
3260/2010
- 10.17 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren ...
4204/2010
- 10.18 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke...
4207/2010

10.19 Mitglieder des Institutsausschusses des Rheinischen Studieninstitutes für kommunale Verwaltung in Köln
4516/2010

10.20 Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle
3353/2010

>> Tischvorlage

zu 16.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2010
Übernahme der Differenz zwischen tatsächlicher Miete und Mietkostenförderung nach KiBiz

AN/2095/2010

>> Tischvorlage

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Fachveranstaltung "Beruflicher (Wieder-)Einstieg" am 16. November 2010

1.2 Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2010

1.3 Symposium "Die Zukunft ist weiblich" Personalmesse Köln

1.4 33. Herbsttreffen der Medienfrauen

2 Internationales

2.1 EU-Kommission vergibt Auszeichnung für barrierefreie Städte

2.2 Istanbul 2010
Ein Jahr Kulturhauptstadt Europas

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 06.09.2010
Absturz einer UPS-Frachtmaschine in Dubai
4183/2010

- 3.2 Beantwortung einer Anfrage von RM Köhler in der Sitzung des Sportausschusses am 04.05.2010
Grillaktivitäten im Bereich der Sportanlage Poller Wiesen
3019/2010
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 06.09.2010
Jahresbericht des Kölner "Haus des Jugendrechts"
4121/2010
- 3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Frau Schmerbach in der Sitzung des Integrationsrates am 09.09.2010
Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge
4437/2010

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Teilzeit-Qualifizierungsprojekt für Alleinerziehende und Projekt "Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund"
3789/2010
- 4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009
4213/2010
- 4.3 Erfahrungsbericht zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken
4265/2010
- 4.4 Einbürgerungskampagne
Abschlussbericht zur Teilnahme der Stadt Köln an einer Studie der Ruhr Universität Bochum
4377/2010
- 4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2010
4383/2010
- 4.6 Zuzug unerlaubt eingereister Personen in 2010
4435/2010
- 4.7 Integrationskurse - Sanktionen bei Verweigerung der Teilnahme
4453/2010
- 4.8 Mitteilung zum Kosovoerlass
4558/2010

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

- 5.1 Die Zukunft unserer Schulen - Zweite Dialogkonferenz
4266/2010

5.2 Sachstand SGB II - Neuorganisation 2011
4584/2010

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 14.10.2010
Neuer Bußgeldkatalog
AN/1760/2010

6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
Neuer Bußgeldkatalog
4481/2010

6.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
10.11.2010
Vergabep Praxis bei Konjunkturpaket II und "faire Vergabe"
AN/2074/2010

7 Mündliche Anfragen

7.1 Schäden am Kunstwerk Ma ' alot und dem Heinrich-Böll-Platz

7.2 Fremdarbeitsfirmen

7.3 Feuer am 31.10.2010 in Brück

7.4 Roma -Stellplatz

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010

10.2 zurückgezogen
2225/2010

10.3 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die
Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2012
2164/2010

10.4 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen
auf dem Gebiet der Fleischhygiene
3160/2010

- 10.5 Befristete Weiterführung des Aufbaudienstes des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt bis zum 31.12.2012
3187/2010
- 10.6 zurückgezogen
3370/2010
- 10.7 zurückgezogen
3398/2010
- 10.8 Resolution zur aufenthaltsrechtlichen Situation geduldeter Personen
3492/2010
- 10.9 Planverfahren Kölner Ringstraßen im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans für die Kölner Innenstadt
3309/2010
- 10.10 12. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln
3318/2010
- 10.11 1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2011 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
3727/2010
- 10.12 Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit und Reduzierung des Unfallgeschehens
Hier: Einrichtung von drei stationären Anlagen sowie Beschaffung von zwei zusätzlichen Radarwagen zur Geschwindigkeitsüberwachung
3760/2010
- 10.13 Jahresbericht 2009
4172/2010
- 10.14 Beschaffung von Laubblasgeräten beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
4254/2010
- 10.15 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung;
hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittagessen
3157/2010

- 10.16 Fortführung von "Win-Win - für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Qualifizierung und zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
3260/2010

- 10.17 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
4204/2010

- 10.18 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung hier: Novellierung
4207/2010

- 10.19 Mitglieder des Institutsausschusses des Rheinischen Studieninstitutes für kommunale Verwaltung in Köln
4516/2010

- 10.20 Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle
3353/2010

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Fachveranstaltung "Beruflicher (Wieder-)Einstieg" am 16. November 2010

Frau Kronenberg berichtet, im Rahmen des „Netzwerkes W“, einem Projekt des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW, habe das Netzwerk W-Bündnis Köln am Dienstag, 16. November zum fachpolitischen Gespräch zum Thema "Beruflicher (Wieder-) Einstieg" im Haus der Evangelischen Kirche geladen.

Mitglieder dieses Netzwerks sind: Die Agentur für Arbeit Köln, das Amt für Gleichstellung, das Amt für Weiterbildung der Stadt Köln, die Volkshochschule Köln, die ARGE - Abteilung für Berufliche und Soziale Integration, der Caritasverband für die Stadt Köln e.V., die FIM Integrationsagentur, der Evangelische Kirchenkreis Köln-Mitte, der Verein Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V., die Gesellschaft - gbb für berufliche Bildung, der Katholische Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Köln bei der IN VIA e.V., das Arbeitsprojekt Internationaler Bund und das Bürgerzentrum Vingster Treff. Aus diesen Einrichtungen und Ämtern waren Menschen bei der Fachtagung vertreten – es wurden Möglichkeiten geboten sich kennenzulernen und sich untereinander noch weiter zu vernetzen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2010

Jedes Jahr am 25. November findet der "Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen" mit verschiedenen Aktivitäten statt.

Auch in diesem Jahr führt das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern zum "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen" wieder Aktionen gemeinsam mit Kölner Politikerinnen und den Beraterinnen der Frauenprojekte durch.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.3 Symposium "Die Zukunft ist weiblich" Personalmesse Köln

Frau Kronenberg berichtet vom Symposium „Die Zukunft ist weiblich“, das am 13. Oktober 2010 bereits in die zweite Runde ging. Es wurde der aktuelle Sachstand zukunftsweisender Projekte zur Frauenförderung, beispielweise von der Telekom, Henkel oder Daimler Benz vorgestellt. Frau Kronenberg hat das Symposium mit einem Einstiegsreferat eröffnet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.4 33. Herbsttreffen der Medienfrauen

Frau Kronenberg informiert über das 33. Herbsttreffen der Medienfrauen. Unter dem Motto „Die Ausstrahlung macht´s. Frauen in den Medien“ trafen sich rund 350 Frauen aus ARD, ZDF, ORF und dem Schweizer öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum 33. Herbsttreffen der Medienfrauen beim WDR in Köln. Vom 28. bis 31. Oktober 2010 standen bei der Veranstaltung frauenpolitische Themen im Fokus von Vorträgen, Diskussionen und Workshops.

Im Anschluss an das offizielle Programm am 29.10.2010 gab es verschiedene Angebote zu Führungen beim WDR und durch Köln. Am Abend folgten viele Medienfrauen der Einladung

des Oberbürgermeisters der Stadt Köln zu einem Empfang in die „Piazzetta“ des Historischen Rathauses. Bürgermeisterin Spizig und Christine Kronenberg begrüßten die Medienfrauen mit Vorträgen zu Frauen und Frauenförderung in Köln.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2 Internationales

2.1 EU-Kommission vergibt Auszeichnung für barrierefreie Städte

Herr Wolf informiert über die Endausscheidung für einen europäischen Preis. Zum ersten Mal wird die Europäische Kommission in diesem Jahr einen Preis für Barrierefreiheit in Städten vergeben, den ACCESS.CITY AWARD 2011. Köln zählt zu den vier Finalisten, die zur Preisvergabe nach Brüssel eingeladen sind. Das habe die Europäische Kommission dem Oberbürgermeister Jürgen Roters in einem Brief mitgeteilt und ihm zum Einzug in die Finalrunde gratuliert. Neben den beiden Partnerstädten Kölns, Barcelona und Turku, sei die spanische Stadt Avila der vierte Finalist. Am 2. Dezember 2010 in Brüssel wird sich entscheiden, welche der vier Städte die Auszeichnung gewinnt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.2 Istanbul 2010 Ein Jahr Kulturhauptstadt Europas

Herr Wolf berichtet von den Istanbul-Tagen in Köln, die vom 11. bis zum 14. November 2010 stattgefunden haben.

Das Kulturwochenende, sei vom neuen Rautenstrauch-Joest-Museum - Kulturen der Welt und dem Städtepartnerschaftsverein Köln - Istanbul e. V. gestaltet worden und habe mit einem abwechslungsreichen Programm vielfältige Möglichkeiten geboten, die reichhaltige Kultur Istanbuls kennenzulernen. Der Oberbürgermeister der Partnerstadt, Kadir Topbas, kam aus diesem Anlass zu einem offiziellen und beidseitig erfolgreich bewerteten Besuch nach Köln.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 06.09.2010 Absturz einer UPS-Frachtmaschine in Dubai 4183/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bittet um weitere Berichterstattung.

Herr Marx fordert die Ausschussmitglieder auf, Anfragen auf die Zuständigkeiten des Ausschusses zu reduzieren und die Verwaltung nicht mit Anfragen zum Weltgeschehen zu beschäftigen.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage von RM Köhler in der Sitzung des Sportausschusses am 04.05.2010
Grillaktivitäten im Bereich der Sportanlage Poller Wiesen
3019/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 06.09.2010
Jahresbericht des Kölner "Haus des Jugendrechts"
4121/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Frau Schmerbach in der Sitzung des Integrationsrates am 09.09.2010
Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge
4437/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Teilzeit-Qualifizierungsprojekt für Alleinerziehende und Projekt "Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund"
3789/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen, erläutert Herr Kahlen die vom Rat beschlossene 6%-Quote werde nicht infrage gestellt. Die Verwaltung reiche eine Aufstellung der Kosten zu einer der nächsten Sitzungen nach.

**4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009
4213/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bemängelt, die Mindest-Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen von 5% sei in den Dezernaten II, IV und VII nicht erreicht. Herr Detjen bittet hier um Nachbesserung und um die Realisierung der Integrationsvereinbarung in allen Dezernaten.

Herr Kahlen erläutert, auch im Jahr 2009 sei es der Stadt Köln gelungen, die gesetzliche Pflichtquote für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu erreichen und weiter zu erhöhen. Ein steuerndes Eingreifen in eine funktionierende Aufgabenerledigung mit vorhandenem Personal zur Nachbesserung der Schwerbehindertenquote in einzelnen Bereichen sei seines Erachtens nur nötig, wenn die Gesamtquote nicht erreicht werde.

Herr Dr. Elster weist darauf hin, die Stadt habe die vorgegebenen Ziele erreicht und entsprechend sei eine Kritik in diesem Zusammenhang nicht angebracht.

Frau dos Santos-Herrmann ergänzt, die entscheidende Botschaft sei, die Stadt Köln habe sich an ihre Vorgaben gehalten und zahle keine Schwerbehindertenabgabe.

Herr Wolter fasst abschließend zusammen, die Realisierung der Integrationsvereinbarung sei gelungen, die Verwaltung befinde sich auf dem richtigen Weg.

4.3 Erfahrungsbericht zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken 4265/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.4 Einbürgerungskampagne Abschlussbericht zur Teilnahme der Stadt Köln an einer Studie der Ruhr Universität Bochum 4377/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2010 4383/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.6 Zuzug unerlaubt eingereister Personen in 2010 4435/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf verschiedene Rückfragen erläutert Frau Dahmen, die Gründe für den deutlichen Anstieg des Zuzugs unerlaubt eingereister Personen gegenüber dem Jahr 2009 seien noch nicht eruiert.

Es gibt landes- und bundesweite Erkenntnisse, dass auch in Zukunft mit einem erhöhten Zuzug zu rechnen sei und verschiedene Entwicklungen dafür maßgebend sind.

Eine Erfassung der Herkunftsstaaten findet nur bei den Staaten statt, die nicht Mitglied der EU sind und deshalb unter das Aufenthaltsgesetz fallen. Die stärksten Zuwandererstaaten sind die Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens, Türkei, Iran, Irak, Afghanistan und teilweise asiatische Länder.

Unerlaubt eingereiste Personen werden gemäß § 15a Aufenthaltsgesetz nach einer bundesweit festgesetzten Formel (Königsteiner Formel) verteilt und entsprechend verbleibt eine bestimmte Anzahl der Personen auch in Köln, offizielle Zuweisung für Köln auf der Basis der Quote NRW..

Aussagen zu einer Dunkelziffer illegal eingereister Menschen ohne Papiere können nicht gemacht werden. Sobald diese Personen bei der Ausländerbehörde vorsprechen seien sie erfasst, erhalten eine Bescheinigung (Zuweisung oder Duldung) und jeder einzelne werde auch

nach den Gründen seiner Einreise gefragt. Ein einheitlicher Tenor aus der Begründung für eine unerlaubte Einreise könne nicht gefunden werden.

Eine Unterbringung der unerlaubt eingereisten Personen erfolge durch den Wohnversor-
gungsbetrieb.

Unbegleitete Minderjährige werden nach Absprache mit dem Jugendamt nicht verteilt, auch wenn sie das 15. Lebensjahr vollendet haben. Die Verwaltung prüft zurzeit mit der Bezirksregierung Arnsberg, inwieweit die Anzahl der 16- bis 18-jährigen auf die Quote der Stadt mit angerechnet werden könne.

Die Frage nach den Kosten kann durch die Ausländerbehörde nicht beantwortet werden.

4.7 Integrationskurse - Sanktionen bei Verweigerung der Teilnahme 4453/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herrn Hess und Frau dos Santos-Herrmanns erläutert Frau Dahmen, in der vergangenen Jahren wurde ca. 50.000 Beratungsgespräche zu Integration fördernden Maßnahmen geführt. 18.500 Personen konnten in Integrationskurse vermittelt werden. 200 bis 300 Personen befinden sich zurzeit in einer Warteschleife, sie konnten noch nicht mit einem Integrationskurs beginnen. Hintergrund ist die Haushaltssituation des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

4.8 Mitteilung zum Kosovoerlass 4558/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Die Zukunft unserer Schulen - Zweite Dialogkonferenz 4266/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Marx erläutert Herr Kahlen, der Begriff Prozess-Abschluss könne im Zusammenhang mit Schulsupport nicht verwendet werden. An der Unterstützung der Schulen und am inhaltlichen Ziel des Schulerfolgs jedes einzelnen Schülers seien ca. 1.300 Personen verantwortlich beteiligt und darüber hinaus seien die Schulen selbst im Prozess aktiv. Herr Kahlen macht deutlich, diese Dynamik dürfe nicht durch ein vorgegebenes Prozess-Ende behindert oder gestoppt werden.

Die Zwischenergebnisse der zweiten Dialogkonferenz sollen ausgearbeitet und dem Ausschuss im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Wolter ergänzt Herr Kahlen, aus 100 Unterthemen wurden 28 Themen ausgearbeitet, die zu 5 Schwerpunktthemen zusammengefasst wurden. Der Bereich „Bau, Ausstattung und Unterhaltung,“ sei im Schwerpunktthema „Strukturen und Systeme“ integriert.

5.2 Sachstand SGB II - Neuorganisation 2011 4584/2010

Auf Rückfrage von Herrn Görzel erläutert Frau Schliffke, der Kapazitätsplan der ARGE sei mit der Arbeitsagentur Köln bereits abgestimmt worden. Dieser Kapazitätsplan weise sämtliche Stellen aus, die ab 2011 notwendig seien um die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen und vorhandene Rückstände abzubauen.

Der Kapazitätsplan finde sich auch im Finanzplan wieder, der voraussichtlich am 01.12.2010 in der Lenkungsgruppensitzung beschlossen werde.

Frau Schliffke ergänzt, bundesweit sei mit der Reduzierung des Eingliederungsbudgets und des Verwaltungskostenbudgets zu rechnen. Die ARGEN beklagten bereits in der Vergangenheit ein nicht auskömmliches Verwaltungskostenbudget. Zur Deckung mussten Mittel aus dem Eingliederungsetat umgeschichtet werden. Der ARGE Köln sei es in den letzten Jahren gelungen, diese Umschichtung möglichst gering zu halten.

Abschließend appelliert Herr Kahlen an die Bundesregierung die Kürzungen der Finanzmittel 2011 im Sinne von aktiver Beschäftigungsförderung zurückzunehmen. In diesem Zusammenhang berichtet er von einem Brief des Deutschen Städtetages mit der Forderung die Haushaltskürzungen im Bundeshaushalt rückgängig zu machen. Dieser Brief werde den Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 14.10.2010 Neuer Bußgeldkatalog AN/1760/2010

6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung Neuer Bußgeldkatalog 4481/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2010 Vergabepaxis bei Konjunkturpaket II und "faire Vergabe" AN/2074/2010

7 Mündliche Anfragen

7.1 Schäden am Kunstwerk Ma ' alot und dem Heinrich-Böll-Platz

Frau Möller macht auf einen Pressebericht im Kölner Stadtanzeiger vom 05.11.2010 aufmerksam, in dem auf Schäden in der Dombauhütte hingewiesen wurde. Außerdem wurde von einem katastrophalen Zustand des Heinrich-Böll-Platzes berichtet, der überwiegend durch schwere LKW verursacht werde.

Frau Möller ergänzt, an einem einzigen Nachmittag seien vor ein paar Tagen auf dem Heinrich-Böll-Platz 3 LKW der AWB beobachtet worden.

In diesem Zusammenhang bittet sie um Beantwortung folgender Fragen:

Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, um das Befahren mit LKWs auf den Heinrich—Böll-Platz zu unterbinden?

Welche Möglichkeiten hat die AWB, ihre Reinigungsarbeiten unter Verzicht auf das Befahren des Platzes mit schweren Fahrzeugen durchzuführen?

Der Ausschuss bittet darum, die Beantwortung auch in den Stadtentwicklungsausschuss, den Ausschuss Kunst und Kultur sowie den Verkehrsausschuss zu geben.

7.2 Fremdarbeitsfirmen

Herr Wolter bittet um Information über die Praxis der Zulassung von Leiharbeitsfirmen und die Kriterien für ein Ausleihen von Personal an die Stadt Köln. Er bittet um die Darstellung von Zuständigkeiten und Regelungen der Mitbestimmung.

7.3 Feuer am 31.10.2010 in Brück

Herr Detjen bittet um Darstellung der Hintergründe eines Brandanschlages am 31.10.2010 auf dem Ludwig-Quidde-Platz in Köln-Brück.

7.4 Roma -Stellplatz

Herr Detjen berichtet von der Tradition der Roma, zum Jahresende in die Stadt zu kommen und hier mit Weihnachten zu feiern. Im vergangenen Jahr habe es für diese Personen keinen Stellplatz gegeben. Er bittet um die Darstellung einer Lösung.

8 Anträge

Anträge wurden zur Sitzung nicht gestellt.

9 Platzvergaben

Beschlussvorlagen zu Platzvergaben lagen zur Sitzung nicht vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010

Herr Dr. Elster signalisiert Ablehnung des Konzeptes, er bemängelt insbesondere den Maßnahmenkatalog. Hier müsse die Verwaltung deutliche Handlungsempfehlungen geben, Schwerpunkte klarer ausarbeiten und Maßnahmen konkretisieren. Herr Dr. Elster betont, die Qualität des vorgelegten Papiers reiche nicht aus, um die Kernthemen der Integration zu erfassen.

Herr Kozyrev hinterfragt die im Konzept formulierten Ziele und deren Umsetzungsmöglichkeiten. Zum Beispiel sei eine Überprüfung der sprachlichen Fähigkeiten oder ein Zugang zu Integrations- und Deutschkursen für Bürgerinnen und Bürger jeder Herkunft nahezu unmöglich,

schließlich handele es sich hier um 180 Nationalitäten und Sprachen. Darüber hinaus sei in einigen Kulturen die Bildung der Frauen nur durch Frauen möglich, was ein Angebot von fachspezifischen Deutschkursen für Frauen mit Migrationshintergrund zusätzlich erschwere.

Herr Detjen signalisiert Zustimmung, er bemängelt allerdings, dass die hier vorliegende Fassung die Ergebnisse der Arbeitsgruppen nicht konkret genug wiedergebe. Er bedauert außerdem, dass es bis heute in der städtischen Verwaltung keinen Amtsleiter oder keine Amtsleiterin mit Migrationshintergrund oder Mitarbeiter in führender Position mit Migrationshintergrund gäbe.

Auf Anregung von Frau dos Santos-Herrmann wird der Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren und des Integrationsrates zur Abstimmung gebracht.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren an und empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „*Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft*“ als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung sowie Kontrolle der Zielerreichungen von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen sowie die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sicher stellen,

Da der Integrationsrat maßgeblich auch am Umsetzungsprozess beteiligt wird, sind ihm Zwischenauswertungen und –ergebnisse sowie Fortschreibungsüberlegungen zeitnah mitzuteilen,

Die ursprünglichen Punkte 2-5 werden gestrichen und ersetzt durch:

2. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden. Obwohl enge inhaltliche Zusammenhänge bestehen, wird es verfahrensmäßig kurz- und mittelfristig vom Integrationskonzept abgekoppelt. Die Verwaltung sollte bei der Überarbeitung berücksichtigen, dass an alle wesentlichen Handlungsempfehlungen angeknüpft werden sollte, Prioritäten gesetzt werden, konkrete Schätzungen zu Kosten und Ressourcen erfolgen und die bisherige Trennung zwischen Maßnahmen der Verwaltung und Maßnahme der nichtstädtischen Träger aufgehoben wird. Die Überarbeitung sollte dann in Form eines Workshops, einer Beratungsveranstaltung oder ähnlichem rückgekoppelt werden mit Akteuren, die bereits an der Erstellung des Integrationskonzeptes mitgewirkt haben. Nach einer solchen erweiterten Beratung soll das Maßnahmenpaket im April 2011 den Ausschüssen vorgelegt werden. Der Integrationsrat soll, wie unter Punkt 1 zur Beratungsfolge ausgeführt, beteiligt werden.
3. das vorliegende *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* systematisch fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig zu aktualisieren,
4. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre - zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen sowie aus den später zu entwickelnden Maßnahmen werden von der Verwaltung Einzelvorlagen zur Beschlussfassung durch Fachaus-

schüsse und Rat vorgelegt. Dabei werden Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

Weiterhin bestätigt der Ausschuss für Soziales und Senioren den Beschluss des Integrationsrates vom 28.10.2010 der da lautet:

Beschlüsse zu einzelnen mündlichen Änderungs- und Ergänzungsanträgen

Beschluss zu Kapitel 4.2:

Der Vorschlag, auf Seite 14 bei der 9. Leitlinie eine Konkretisierung der Angabe zu den ‚angemessenen Sprachkompetenzen‘ vorzunehmen, wird mehrheitlich bei einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zu Kapitel 5.1:

Der Vorschlag, auf Seite 16 oben mit Spiegelstrich aufgelisteten Handlungsfelder um den Begriff ‚Partizipation‘ zu erweitern, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

Beschluss zu Kapitel 5.3.1:

Der Vorschlag, auf Seite 22, die als 9. Handlungsempfehlung gemachte Aussage mit einem Hinweis auf eine Unterstützung der Aktivitäten der Jugendlichen bei der ‚Bekämpfung von Rassismus‘ zu ergänzen, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

Beschluss zu Kapitel 5.3.3:

Der Vorschlag, auf Seite 27, die 8. Handlungsempfehlung ersatzlos zu streichen wird mit zwei Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zu Kapitel 5.4.9:

Der Integrationsrat beschließt mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung die ergänzende Aufnahme folgender Handlungsempfehlungen:

- die 4. Handlungsempfehlung (Seite 64) wird folgendermaßen ergänzt:
 , Erforderlich ist insbesondere
 - die Klärung eines gefestigten Aufenthaltes in einem angemessenen Zeitraum unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen,
 - die Zusicherung des Aufenthaltes für die gesamte Ausbildungszeit bei Personen mit unsicherem Aufenthalt (AG 11);
- es wird neu als 6. Handlungsempfehlung (Seite 64) eingefügt ‚Aufhebung der Residenzpflicht für Frauen in Gewaltsituationen (AG 11)‘ – die Nummerierung der folgenden Handlungsempfehlungen verschiebt sich entsprechend;
- die mittelfristigen Handlungsempfehlungen (Seite 66) werden ergänzt um den Punkt ‚11. Aufstockung von qualifiziertem Personal in der Ausländerbehörde mit dem Ziel der Reduzierung der Fallzahlen (AG 11)‘.

Beschluss zu Kapitel 7:

Der Vorschlag ‚die Verwaltung zu bitten, den in diesem Kapitel beschriebenen gesamten Steuerungsprozess einfacher – z.B. durch Grafiken – darzustellen‘, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

Beschluss zu Kapitel 7.1.2:

Der Vorschlag, auf Seite 132, in der letzten Zeile die Worte ‚als beratendes Gremium‘ zu streichen und die Sätze

- ‚Das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft wird federführend im Integrationsrat behandelt.
- Der Integrationsrat wird den Prozess der Umsetzung und der Weiterentwicklung des „Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ mit einem regelmäßigen Tagesordnungspunkt auf seinen Sitzungen behandeln‘
anzufügen, wird einstimmig ohne Gegenstimme angenommen. Ebenso wird auf Seite 133, im zweiten Absatz / zweiter Satz unter den Aufzählungen der Handlungsfelder noch die ‚Interkulturelle Öffnung‘ ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und Pro Köln zugestimmt

**10.2 zurückgezogen
2225/2010**

**10.3 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2012
2164/2010**

Frau dos Santos-Herrmann bittet um eine ergänzende Mitteilung zu den konkreten Fördermitteln für die Stadt Köln.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln zunächst für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2012. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der beteiligten Kreise und der Stadt Köln.

Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11, 13 und 16, die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 und 6 des Teilergebnisplanes 1501 - Wirtschaft und Tourismus - des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der Mittelfristplanung bis 2014 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene
3160/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung auf der Grundlage der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Befristete Weiterführung des Aufbaudienstes des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt bis zum 31.12.2012
3187/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/ empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich einer Zustimmung des Gesundheitsausschusses, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die befristete Weiterführung des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt bis zum 31.12.2012. Zur weiteren Durchführung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in Köln durch den Aufbaudienst ab dem 01.01.2011 beschließt der Rat daher:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein auf Basis des unter Federführung des Landes NRW erstellten „Umsetzungskonzeptes zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in Nordrhein-Westfalen“ abzuschließen. Die Vertragsverhandlungen sind mit dem Ziel einer höheren Kostenbeteiligung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein am gesamten MMD zu führen.
2. Die Verlängerung der befristet eingerichteten Planstellen bis zum 31.12.2012
 - a) 1,0 Stelle Facharzt/Fachärztin VGR. 1b/1a Fgr. 1/1 BAT (jetzt E 15 TVöD) sowie
 - b) 1,0 Stelle Gesundheits- und Krankenpfleger/ -pflegerin VGR. KR VI Fgr. 7 BAT (jetzt E 9A TVöD)

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 zurückgezogen
3370/2010**

**10.7 zurückgezogen
3398/2010**

**10.8 Resolution zur Aufenthaltsrechtlichen Situation geduldeter Personen
3492/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/ empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die nachfolgende ‚Resolution zur Aufenthaltsrechtlichen Situation geduldeter Personen‘:

„Der Rat der Stadt Köln

1. stellt fest, dass die Bleiberechts- bzw. Altfallregelung ein Schritt in die richtige Richtung war, viele humanitäre Probleme jedoch nach wie vor ungelöst sind,
2. begrüßt die Entscheidung der Innenministerkonferenz vom 04.12.2009, im Rahmen der Altfallregelung das Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge über den 31.12.2009 hinaus um zwei Jahre zu verlängern,
3. appelliert an den Bundesgesetzgeber, gesetzliche Regelungen zu schaffen, um die Praxis der sog. Kettenduldungen zu beenden, und insbesondere eine Nachfolgerege-

lung zur Altfallregelung zu schaffen, die kranke, behinderte, pflegebedürftige und ältere Menschen nicht ausschließt und die für die Betroffenen tatsächlich erfüllbare Anforderungen vor allem an das Kriterium der Lebensunterhaltssicherung stellt,

4. begrüßt die Aktivitäten der Ausländerrechtlichen Beratungskommission der Stadt Köln im Hinblick auf die Entwicklung eines Konzeptes zum Umgang mit geduldeten Flüchtlingen, die nicht unter die Bleiberechts- bzw. Altfallregelung gefallen sind bzw. fallen,
5. bittet die Verwaltung der Stadt Köln um die individuelle Klärung eines gefestigten Aufenthalts für geduldete Flüchtlinge in einem angemessenen Zeitraum unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen und einzelfallbezogenen Härten.

Begründung:

Die Bleiberechts- bzw. Altfallregelung wurde in der Stadt Köln erfolgreich umgesetzt. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass bestimmte Personengruppen, wie z. B. kranke und ältere Menschen, nicht in diese Regelung einbezogen werden konnten. Ferner hat sich herausgestellt, dass bestimmte Hürden zu hoch aufgestellt waren, insbesondere das Kriterium der Lebensunterhaltssicherung. Der Bundesgesetzgeber wird deshalb aufgefordert, eine Nachfolgeverordnung zur Altfallregelung zu schaffen, die diese Ergebnisse und Erfahrungen berücksichtigt.

Trotz der Umsetzung der Altfallregelung hielten sich zum 31.01.2010 in der Stadt Köln 2.218 Personen geduldet auf. Hiervon hielten sich 2.052 Personen bereits seit mehr als 18 Monaten im Bundesgebiet auf, und zwar

- 208 Personen seit 18 Monaten und länger,
- 217 Personen seit vier Jahren und länger,
- 252 Personen seit sechs Jahren und länger,
- 725 Personen seit acht Jahren und länger und
- 650 Personen seit mehr als 15 Jahre.

Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen sieht hier eine zentrale kommunale Handlungsaufgabe, sich dieser Personengruppe zuzuwenden, um den Aufenthaltsstatus unter Anwendung des geltenden Rechts möglichst im Sinne der Betroffenen zu klären. Dabei sollten auch Integrationsleistungen und individuell vorliegende Härten angemessen berücksichtigt werden. Aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt sollte die wirtschaftliche Integration zwar als mittelfristige Zielsetzung bestehen bleiben, der Nachweis von Bemühungen, eine Arbeitsstelle zu finden, aber eine besondere Gewichtung erfahren.“

Die Resolution wird den Fraktionen im Landtag NRW zur Kenntnis gegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Pro Köln zugestimmt

10.9 Planverfahren Kölner Ringstraßen im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans für die Kölner Innenstadt 3309/2010

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2010/2011, für die Kölner Ringstraßen im Rahmen der Umsetzung des Masterplans die von Albert Speer & Partner (AS&P) vorgeschlagene interdisziplinäre Planungswerkstatt "Kölner Ringstraßen" durchzuführen und stellt hierzu den Bedarf fest.

Der Aufwand für das Verfahren wird auf 250.000 € brutto (15.000 € in 2010 und 235.000 € in 2011) geschätzt. Die Mittel sind im Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0901-Stadtplanung, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Der Kostenaufwand umfasst die Vorbereitung und Durchführung des Verfahrens durch ein externes Büro, die Teilnahme von drei interdisziplinär besetzten Planungsteams an der Planungswerkstatt sowie eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.10 12. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln
3318/2010**

Auf Anmerkung von Frau dos Santos-Herrmann sagt Herr Fleischer die Veröffentlichung der Gebührensatzung im Internet zu.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die 12. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Pro Köln zugestimmt

**10.11 1. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung für 2011 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
3727/2010**

Frau dos Santos-Herrmann bittet um die Berücksichtigung des Beschlusses der Bezirksvertretung Kalk.

Herr Detjen bedauert, dass oft rein wirtschaftliche Gründe bei einer Entscheidungsbegründung aufgeführt werden.

Auf Rückfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Kilp, die Beschlussvorlage zur Offenhaltung von Verkaufsstellen am 31.10. (Reformationstag) habe beiden christlichen Kirchen vorgelegen, niemandem sei dieser Fehler aufgefallen. Herr Kilp kündigt eine Auflistung aller christlichen Feiertage in einer gesonderten Mitteilung für den Ausschuss an.

Herr Wolter weist darauf hin, dass es sich hier um eine Landesgesetzgebung handelt.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kilp, das Bundesverfassungsgericht habe sich gegen die Sonntagsoffenhaltung von Verkaufsstellen in Berlin jeweils an 10 Sonntagen ausgesprochen. Von dieser Regelung sei die Stadt Köln weit entfernt. Die Verwaltung arbeite auf Basis einer Konkretisierung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes durch das Wirtschaftsministerium, nämlich unter Beachtung der örtlichen Verhältnisse in den Stadtteilen.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten für das Jahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

10.12 Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit und Reduzierung des Unfallgeschehens

**Hier: Einrichtung von drei stationären Anlagen sowie Beschaffung von zwei zusätzlichen Radarwagen zur Geschwindigkeitsüberwachung
3760/2010**

Herr Marx kritisiert, diese Vorlage zur Haushaltskonsolidierung und zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Köln werde unter dem Deckmäntelchen der Verkehrssicherheit und der Reduzierung des Unfallgeschehens zur Abstimmung gebracht. Herr Marx betont, die CDU-Fraktion könne der Vorlage auf keinen Fall zustimmen.

Herr Görzel macht auf ein zurzeit noch nicht rechtskräftiges Urteil des Herforder Amtsgerichtes aufmerksam. Demnach gäbe es für das Aufstellen einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage keine Grundlage, wenn keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Verkehrssicherheit zu verzeichnen seien. Herr Görzel betont, eine Entscheidung über die Gefahrenlage könne am Besten vor Ort in den Bezirken selbst getroffen werden und bittet um Verweis der Vorlage in die Bezirke.

Herr Kahlen ergänzt, grundsätzlich seien die Überwachungsmaßnahmen eine Reaktion auf die Empfehlungen der Verkehrsdirektion der Polizei Köln. Erfahrungen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass Geschwindigkeitsüberwachungen eine effektive Präventivmaßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Reduzierung des Unfallgeschehens seien.

Herr Mayer betont, die Standortauswahl sei keineswegs willkürlich erfolgt. Vielmehr sei in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachamt und gemäß den Empfehlungen der Unfallkommission eine Standortvorauswahl getroffen worden. In einem nächsten Schritt sei eine Analyse der baulichen und technischen Voraussetzungen der möglichen Standorte durchgeführt worden und an sieben Standorten wurden Messungen genommen. Letztendlich habe das gemessene Geschwindigkeitsniveau und die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden den Ausschlag für die drei vorgeschlagenen stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen gegeben.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat verweist die Vorlage in die betroffenen Bezirke.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln abgelehnt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

1. Der Rat beschließt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit das Aufstellen von drei stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen und die Beschaffung von zwei Radarwagen, mit dem Ziel, unfallauffällige Bereiche und Geschwindigkeitsübertretungen nachhaltig zu reduzieren.
2. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen von insgesamt 297.000 EUR der im HPL-Entwurf 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2010 im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Finanzstelle 3240-0205-0-0001 – Ausstattung und Geräte, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen (147.000 EUR) und Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen (150.000 EUR) veranschlagten Mitteln.
3. Es werden Mehrstellen erforderlich, die zum nächsten Stellenplan realisiert werden sollen.

Der Rat beschließt die Zusetzung von 5,5 Stellen in VGr. VII/VIb, Fg. 1b/1b BAT (Entgeltgruppe E 5 TVöD), zwei Stellen in VGr. Vc, Fg. 1a BAT (Entgeltgruppe 8 TVöD) und eine Stelle in VGr. VIII/VII, Fg. 1b/1c BAT (Entgeltgruppe E 3 TVöD) befristet auf zwei Jahre.

Da eine sofortige Besetzung notwendig ist, werden entsprechende Stellen verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.13 Jahresbericht 2009
4172/2010**

Herr Dr. Welpmann bemängelt, dass der vorliegende Bericht nicht zeitnah und nicht in digitaler Form der Politik zur Verfügung stehe. Außerdem müsse das Format dahingehend geändert werden, dass es möglich werde, nach verschiedenen Kriterien zu suchen. Darüber hinaus schlägt Herr Dr. Welpmann vor, die Verwaltung möge, dem Vorsichtsprinzip entsprechend, dem Ausschuss die Bereiche für das zukünftige Berichtswesen vorgeben. Eine, wie im Beschlusstext formulierte, Vorgabe seitens der Politik sei seines Erachtens problematisch.

Herr Wolter bittet die Verwaltung die Anregungen bezüglich des Formates und des Suchkriterien, sowie den Anspruch auf Vollständigkeit im zukünftigen Beschlusscontrolling zu berücksichtigen.

Herr Dr. Elster berichtet von einem innovativen Ampelsystem im Berichtswesen des LVR. Eine Sanierung des gegenwärtigen städtischen Beschlusscontrollings zu einem IT-unterstützten und transparenten Berichtswesen sei unumgänglich.

Herr Mohr bedankt sich für die Anregungen seitens der Politik. Er weist darauf hin, mit einer Umstellung des gegenwärtigen Verfahrens könne erst begonnen werden, wenn der Jahresbericht 2009 in der hier vorliegenden Fassung beschlossen sei. Die Verwaltung arbeite zurzeit an einer Optimierung ihres Berichtswesens durch eine stufenmäßige Anpassung.

Frau dos Santos-Herrmann schlägt vor, wie der Hauptausschuss zu verfahren und die Vorlage zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu verweisen.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss schließt sich dem Beschluss des Hauptausschusses an und verweist die Vorlage zur weiteren Bearbeitung zurück in die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.14 Beschaffung von Laubblasgeräten beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
4254/2010**

Frau dos Santos-Herrmanns fordert die Beachtung der vom Rechnungsprüfungsamt zum Konzept gemachten Anmerkungen.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales stellt den Bedarf zur Beschaffung von Laubblasgeräten beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, entsprechend dem in 2009 vorgelegten Konzept, fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) und Herr Maul (Fraktion Pro Köln) waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.15 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung;
hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittagessen
3157/2010**

Herr Marx meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Herr Görzel signalisiert seitens der FDP-Fraktion Ablehnung, eine Beitragserhöhung in der hier vorliegenden Größenordnung sei zu hoch.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) und Herr Maul (Fraktion Pro Köln) waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.16 Fortführung von "Win-Win - für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Qualifizierung und zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
3260/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich einer Zustimmung durch den Wirtschaftsausschusses, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Fortführung des Projektes „Win-Win – für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, im Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Arbeitsmarktförderung.

Er beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen und bisher bis zum 31.12.2010 befristet eingerichteten Stellen

1 Stelle Technische/r Angestellte/r VGr. IVa/III + TZ, Fg. 1/1c BAT (EG 11 TVöD)

1 Stelle StOI BGr. A 10 BBO bzw. VA VGr. IVb, Fg. 1a BAT (EG 9 TVöD)

1 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)

bis zum 30.06.2012 zu verlängern.

Die Deckung der zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 162.800 € und der zusätzlichen Sachaufwendungen in Höhe von 39.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2011 durch Wenigeraufwendungen der im Doppelhaushalt 2010/2011 im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus in Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen des Stadtverschönerungsprogramms. Zum Haushaltsplan 2012 werden entsprechende Aufwendungen im Wege der Umveranschlagung zulasten des Aufwandsbudgets des Stadtverschönerungsprogramms bereitgestellt.

In der Haushaltssatzung 2008/2009 wurden zur Durchführung des Projektes im Teilfinanzplan 1501 investive Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 8040-1501-0-5000 im Jahr 2008 in Höhe von 1.000.000,00 EUR und in 2009 in Höhe von 3.500.000,00 EUR veranschlagt. Die bisher nicht verausgabten Mittel stehen bis zum Abschluss des Programms weiterhin zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) und Herr Maul (Fraktion Pro Köln) waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.17 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
4204/2010**

Herr Dr. Elster bemängelt den Umfang der Vorlage und die fehlende Transparenz. Die CDU-Fraktion könne dieser Form von Gebührenerhöhung nicht zustimmen, Herr Dr. Elster bittet um Aufschlüsselung der einzelnen Posten.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2011 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis,
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 3) zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und Pro Köln bei Enthaltung der Fraktion FDP zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.18 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung
hier: Novellierung
4207/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der novellierten Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Abwassersatzung – in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.19 Mitglieder des Institutsausschusses des Rheinischen Studieninstitutes für kommunale Verwaltung in Köln
4516/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses:

Der Rat bestellt gem. § 113 Abs. 2 GO den stellvertretenden Amtsleiter des Personalamtes, Herrn Peter Hoven, und den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates, Herrn Friedel Giesen-

Weirich, als Vertreter der Stadt Köln im Institutsausschuss.

Als deren Stellvertreter werden für den stellvertretenden Amtsleiter des Personalamtes der Ausbildungsleiter Herr Josef Johnen, und für den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates Herr Wolfgang Heimes bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10.20 Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle
3353/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich einer Zustimmung des Gesundheitsausschusses, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt

1. die bis zum 31.12.2010 befristete Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle aufgrund des Doppelstellenplan 2010/2011 bis zum 31.12.2011 zu verlängern und die Stellen zum Stellenplan 2012 unbefristet einzurichten. Die Beratungsstelle umfasst folgende Stellen:
 - 1,0 Stelle Fachärztin/-arzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, VGr. Ib/Ia BAT (E15TVöD)
 - 2,0 Stellen Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/in EG S12 TVöD
2. im Gegenzug für die vorgenannte Arztstelle eine derzeit freie Kinderarztstelle abzusetzen
3. die Verwaltung zu beauftragen, eine teilweise Refinanzierung dieses Angebotes über Krankenkassen zu erreichen.

Die haushaltsplanmäßigen Auswirkungen in Höhe von 52.100 € p.a. ab dem HJ 2011 wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die HJ 2012 ff berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Strahl (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.